

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeitspreis 1 Mtl. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 14. November 1928

Nummer 91

### Kapitalistischer Klassenkampf

Die Misereausperrungen und Massenentlassungen, welche gegenwärtig von den deutschen Unternehmerverbänden vorgenommen werden, lenken die Aufmerksamkeit auf die außerordentlich gesteigerte Bedeutung solcher geschlossenen Vorgehens der Unternehmer bei Arbeitskämpfen. Vor dem Kriege war sowohl die Zahl der Ausperrungen wie auch der durch Ausperrungen verlorenen Arbeitstage im Vergleich zu den Streiks verhältnismäßig gering. Bei Arbeitskämpfen war der Streik die Regel, die Ausperrung die Ausnahme. Zudem waren die Ausperrungen wenig umfangreich und erstreckten sich zumeist nur auf beschränkte Gebiete. In der Nachkriegszeit ist aber Zahl und vor allem Umfang der Ausperrungen derart gestiegen, daß in manchen Jahren die Zahl der durch Ausperrungen verlorenen Arbeitstage erheblich größer war als bei den Streiks. Heute werden die Ausperrungen nicht mehr von den einzelnen Unternehmungen, sondern von den großen Unternehmerverbänden planmäßig vorgenommen, die auf lokale Streiks mit Ausperrungen antworten, deren Bereich sich auf große Gebiete, ja häufig auf die ganze Industrie erstreckt. Noch bei dem jüngst erledigten Konflikt in der Textilindustrie bestand die Gefahr, daß die Unternehmerverbände mehr als eine Million Textilarbeiter Deutschlands ausperrten würden und auch die Ausperrung der Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie erstreckt sich auf mehrere hunderttausend Arbeiter. Die außerordentliche Erstarkung der Unternehmerorganisationen, die strikte Disziplin, die in ihnen herrscht, die großen Finanzmittel, über welche sie verfügen, die gefüllten Kassen der Streikversicherung erlauben es diesen, Ausperrungen größten Anfangs anzuordnen, insbesondere zu Zeiten abflauender Konjunktur, wo die Löhner gefüllt und die Runden während der Zeit der Ausperrung aus den vorhandenen Warenvorräten bedient werden können.

Man wird angesichts der außerordentlichen Steigerung sowohl des Umfangs wie der Bedeutung der Misereausperrungen nicht in der Annahme schiefgehen, daß die kapitalistische Wirtschaft mit dieser Entwicklung in einen neuen Abschnitt eingetreten ist. Vielmehr ist man überhaupt erst von diesem Moment an berechtigt, von einem organisierten Kapitalismus zu sprechen. Daß Gewerkschaften vorhanden sind, stark genug, um große Bewegungen wie Streiks durchzuführen, bedeutet so lange noch keinen organisierten Kapitalismus, als ihnen nicht auch starke Unternehmerverbände gegenüberstehen. Denn der organisierte Kapitalismus wird erst dadurch gekennzeichnet, daß in ihm die freie Konkurrenz aufhört oder aber erheblich eingeschränkt wird. Nun haben aber die Gewerkschaften, im Gegensatz zu den häufig vertretenen bürgerlichen Ansichten, die freie Konkurrenz nicht zerstört, sondern im Gegenteil eher ermöglicht. Zur freien Konkurrenz gehört der freie Arbeitsmarkt, auf welchem die Arbeit als eine Ware erscheint. Bevor starke Gewerkschaften da waren, konnte man jedoch von der Arbeitskraft als einer Ware gleich den anderen Waren nicht sprechen. Im Gegensatz zu allen übrigen Waren ist der Verkauf der Arbeitskraft stets ein „Zwangsvorverkauf“. Weil die Arbeiter im Überfluß vorhanden sind (industrielle Reservearmee) und das Angebot ihrer Arbeitskraft infolge Mangel an allen für den Lebensunterhalt notwendigen Mitteln nicht zurückgehalten werden kann, müssen sie ihre Arbeitskraft unter allen Umständen loslagern, wodurch sie dem Unternehmer schußlos ausgeliefert sind. Im Bereich der übrigen Waren muß dies nicht der Fall sein. Da kann der Warenbesitzer bei sinkenden Preisen seine Ware zurückhalten oder aber das Warenangebot durch Produktionseinschränkung vermindern, bis die Preise wieder ansteigen. Diese und andere Gründe bewirkten, daß der Kampf auf dem Arbeitsmarkt sich nicht zwischen zwei gleichen Vertragsparteien, sondern „zwischen einem Geldsack und einem Magen“ abspielte. Der Unternehmer erfreute sich auf dem Arbeitsmarkt der Lage eines Monopolisten. Erst als die Gewerkschaften auftraten und der Arbeitskraft einen Schutz boten, konnte der in Wirklichkeit früher vorhandene freie Arbeitsmarkt hergestellt werden. Solange die gewerkschaftlichen Organisationen unverbundenen Unternehmern gegenüberstanden, war die freie Konkurrenz nicht verschwunden, sondern im Gegenteil erst ermöglicht; die Gewerkschaften gehörten zum System der freien Konkurrenz.

Im gegenwärtigen Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung ist es nun anders geworden. Die freie Konkurrenz hat aufgehört, und zwar nicht allein, wie allgemein angenommen wird, dadurch, daß in der Wirtschaft gewaltige monopolistische Organisationen, Kartelle, Trusts und Kongerne entstanden, welche den Warenmarkt monopolistisch beherrschen und die freie Preisbildung ausschalten, vielmehr auch durch das Entstehen starker Unternehmerorganisationen. Erstere errichteten das Monopol auf dem gewöhnlichen Warenmarkt, während letztere bestrebt sind, das durch die Gewerkschaften mehr oder weniger gebrochene frühere Monopol auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen und zu befestigen. Da gleichzeitig die Gewerkschaften weiterbestehen und an Schlagkraft ebenfalls gewonnen haben, so entstand eine neue Lage, ein neuer Abschnitt im Klassenkampf. Man kann wohl behaupten, daß die Gewerkschaften, solange sie als einzige organisierte Macht den Arbeitsmarkt beeinflussten, den Klassenkampf abschwächten, da durch die Verhinderung der ärgsten Formen der Ausbeutung die sozialen Ausbrüche der zur Verwertung getriebenen Massen verhindert wurden. Dadurch nun, daß den Gewerkschaften heute geschlossene Unternehmerverbände entgegenstehen und das frühere Monopolverhältnis auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen suchen, Unternehmerverbände, deren Machtmittel häufig denen der Gewerkschaften überlegen sind, kann sich durchaus eine Verschärfung der Klassengegensätze ergeben. Die Verschärfung des Klassenkampfes ist nicht allein die Folge der von den großen Unternehmerverbänden verfolgten Ausperrungspolitik; auch ihr Widerstand gegen sozialpolitische Maßnahmen wie gegen die von der Arbeiterschaft geforderte Wirtschaftsdemokratie kann zur Verschärfung der Klassengegensätze beitragen. Erst die gewalttätige Konzentration vorwiegend in der kapitalistischen Wirtschaft, die Misereorganisationen entstehen lassen und so den Wirtschaftskampf weitgehend durchsetzen machen, ermöglichen die Einführung der Arbeiterschaft auf die Wirtschaft. Weil aber die Wirtschaftsdemokratie heute eine Möglichkeit ist und ernstlich gefordert werden kann, richtet sich der Widerstand der Unternehmer in besonderem Maße gegen ihre Verwirklichung.

Die Frage ist nun, wie die Arbeiterschaft gegen die doppelten Monopolbestrebungen der Unternehmer, gegen das Monopol auf dem Warenmarkt wie auf dem Arbeitsmarkt ankämpfen kann. Es gibt dafür zwei Wege. Einmal gilt es, alle Kräfte daran zu setzen, daß die Gewerkschaften noch viel stärker werden als bisher und durch ihre Entschlossenheit und Geschlossenheit wie durch ihre zunehmende Finanzkraft die Unternehmerverbände überlegen. Dadurch kann das frühere Monopol auf dem Arbeitsmarkt, das heute von den Unternehmerverbänden wiederhergestellt werden soll, nochmals gebrochen werden. Doch wird diese unerlässliche Befestigung der Gewerkschaften angesichts der außerordentlichen Machtmittel der Unternehmer nicht ausreichen; der politische Kampf muß hinzukommen mit dem Zweck, die Staatsmacht auf die Seite der Arbeiter zu bringen, damit immer größere staatliche Mittel in den Dienst der Bekämpfung des doppelten Monopols der Unternehmer eingesetzt werden können. Die von den Gewerkschaften geforderte Monopolkontrolle bezieht sich auf die Kontrolle der monopolistischen Produktions- und Preispolitik; sie soll die Verbraucher vor dem Mißbrauch der monopolistischen Organisationskräfte schützen. Nicht weniger bedarf aber die Arbeiterschaft staatlicher Machtmittel für die Beeinflussung des Arbeitsmarktes und der Lohnentwicklung, damit ihr ein steigender Anteil an dem stets wachsenden Produktionsertrag zuteil werde. Unter diesem Gesichtspunkt ist es sehr begreiflich, wenn die Gewerkschaften auf die staatliche Mitwirkung bei Festsetzung der Löhne, beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten nicht verzichten wollen. Ein Verzicht wäre ja im gegenwärtigen Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung tödlich. Was man jedoch fordern kann, ist, daß das Schlichtungswesen nicht etwa „paritätisch“ gehandhabt wird, sondern in den Dienst der gegenwärtig schwächeren, weil über geringere Machtmittel als die Unternehmerklasse verfügenden Arbeiterklasse gestellt wird. Ebenso wie die Kartellkontrolle das Preismonopol der Unternehmer auf dem Warenmarkt, hat das Schlichtungswesen das angekrebt Monopol auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Auf diese

Weise müssen wir zunächst von dem Abschnitt des von den Wirtschaftskräften der Unternehmer und der Arbeiter organisierten Kapitalismus in den Abschnitt des staatlich organisierten Kapitalismus gelangen. Dies ist die nächste Stufe, die notwendigerweise erreicht werden muß. Eine weitere Aufgabe wird es sein, auch diese Stufe zu überwinden und das doppelte Monopol der Unternehmer durch Überführung der Produktionsmittel in den Besitz des gesamten Volkes gänzlich zu beseitigen. L. S.

### Lehrlingsleiterkonferenz des Gaues Thüringen

Die zweite Lehrlingsleiter-Zusammenkunft, die am 28. Oktober in Weimar stattfand, war Dienst an unserer Jugend und an ihrer Zukunft! Gauvorsitzer W i s s a u g hieß alle Lehrlingsleiter des Gaues, die Mitglieder der Fachauschüsse und besonders den Hauptreferenten Kollegen F i l l e (Berlin) in herzlichsten Worten willkommen. Dieser sprach zu uns Lehrlingsleitern und zu den erschienenen 60 Jungbuchdruckern aus Weimar, Erfurt und Jena über das Thema: „Der Stand unserer Lehrlingsabteilung und die Durchführung der Lehrlingsordnung“. Der Redner zeichnete ein großartiges Bild unseres Lehrlingswesens und der Arbeit in den Lehrlingsabteilungen. Am Schluß des Jahres 1927 waren es 16 287 Mitglieder, am 30. Juni 1928 schon 16 765, und Ostern 1929 wird bestimmt die Zahl 17 000 überschritten, zumal die Organisation der Prinzipale für vollständige Ausnutzung der Lehrlingskataloge scharf eintritt und Geldstrafen verhängt. Der Mitgliederzahl nach stehen wir an vierter Stelle aller Gewerkschaften, aber allen Gewerkschaften stehen wir mit unsern 85 Proz. organisierten Lehrlingen weit voraus. Der Redner betonte, daß sich die Arbeit in der Lehrlingsabteilung besonders schwierig gestaltet, weil hier ein fortwährendes Kommen und Gehen ist, 4000 Lehrlinge treten jährlich ein und aus. Die auf der Juni-Tagung in Nürnberg 1920 gesteckten Ziele sind in vollem Maße erfüllt worden. Überall in den Abteilungen geht es hinaus! Auch in Thüringen sind die Leistungen hochstehend. Den besten Beweis für die gute Arbeit in den Abteilungen hat die Ausstellung auf der „Presse“ in Köln geliefert. Besondere Aufmerksamkeit wandte der Redner dem Arbeitszeitproblem der Jugendlichen zu. Dem Überstundenmangel der Lehrlinge müsse unter allen Umständen gesteuert werden. In den Veranstaltungen für die Lehrlinge soll keine Politik getrieben werden. Immerhin sehen wir den kommenden Staatsbürger und Gewerkschaftler im Lehrling. Ausführend behandelte Kollege F i l l e den dornewollen Weg der Durchführung der Lehrlingsordnung. Von 67 Handwerkskammern haben bis jetzt 46 zugestimmt. In nicht allzu ferner Zeit werden auch die andern folgen müssen. Die Lehrlingsordnung wirkt befruchtend auf das Leben in den Abteilungen. In die Fachauschüsse müssen unbedingt hiezu und höchste Berufsfolgen kommen, die fachlich und gewerkschaftlich auf der Höhe stehen. Denn sie sollen prüfen! Zusammenfassend bemerkte der Referent: Das Bestehen unserer Lehrlingsabteilung ist ein Ehrenmal in der Geschichte unserer Organisation. Und wir sollen die uns anvertrauten Lehrlinge so erziehen, daß sie ein lebendiges Zeugnis für die Ziele unseres Verbandes sind! Die Rede fand begeistertes Echo in unsern Herzen.

Gaujugendleiter K u t s c h a g gab zum zweiten Punkt der Tagesordnung in kurzen Zügen einen Rückblick über die Arbeiten im Gau. Der Prozentsatz ist in Thüringen 87 Proz., er liegt also über dem Reichsdurchschnitt. Der Besuch der Veranstaltungen beträgt etwa 60 Proz. Unser Augenmerk müssen wir darauf richten, daß alle Lehrlinge die Schiffsprüfung ablegen. Lehrlingskataloge und tarifliche Arbeitsbedingungen sind wichtige Kapitel. Infolge der Verschleppungen im Rundsendungswesen gibt es nur noch Rundsendungen auf direkte Anforderung beim Gau-Lehrlingsleiter. Im Schlußwort mahnte Kollege K u t s c h a g, alles zu tun, was in unsern Kräften steht, um der Jugend zu dienen.

Nach den beiden Vorträgen folgte eine sehr lebhaft ausgeführte Ein. Kollege F i s c h e r (Weimar) stellte folgenden Antrag: „Auf der jeweilig vor dem nächsten Gaultage im Verband der Deutschen Buchdrucker stattfindenden Lehrlingsleiterkonferenz ist der Gau-Lehrlingsleiter in Vor-

schlag zu bringen und dem Gantage zur Bestätigung zu empfehlen.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen und gleichzeitig unser bewährter Jugendleiter Kuschbach zur nächsten Wahl wieder vorgeschlagen. Die Beitragszahlung der Lehrlinge müsse neu geregelt werden. Einheitslohn 10 Pf. seien zu wenig. Angemessen erscheine im ersten und zweiten Jahr 25 Pf., im dritten und vierten Lehrjahr 50 Pf.

Gauvorsteher Wislaug sprach über die Einführung der Lehrlingsordnung im Gau. In Weimar, Meiningen und Koburg sei sie erfolgt. Die Kammeren Erlurt und Gera würden sich der Notwendigkeit der Einführung auch nicht länger verschließen können.

Kollege Nupprecht (Weimar) verbreitete sich ausführlich über die bisherige Tätigkeit der Fachauschüsse im Gau und gab Beispiele aus der Praxis bekannt.

Auch über diese Punkte entspann sich eine sehr rege Aussprache. Es wurde gewünscht, Richtlinien für die Fachauschüsse zum Zwecke der Zwischenprüfungen in den Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben herauszugeben. Ebenfalls müßten Richtlinien allgemein für die Arbeit in den Lehrlingsabteilungen geschaffen werden. Auch der Bericht über die Lehrlingsabteilung im Jahresbericht des Verbandes sollte den Lehrlingen alsjährlich als Sonderdruck zugestellt werden.

Gegen 5 Uhr nachmittags erreichte die Tagung ihr Ende. Neue Anregungen wurden gegeben, neue Erfahrungen gesammelt. Alles, was besprochen und behandelt, soll unsern Jungbuchdruckern und unserm Verband zum Segen gereichen. Strebt die Jugend auch in die Zukunft, unsre Arbeit gehört ihr in der Gegenwart. Pfadfinder und Wegweiser soll unser Reichstag sein!

P. Büchel, Th. Broder, W. Hansen.

### Weg mit den Zuschußklassen!

Ein großes Wort! Denn ungeheure Schwierigkeiten gibt es da zu überwinden. In Nr. 53 des „Korr.“ ist in dem Bericht über die Kölner Gauvorsteherkonferenz das Referat unseres Hauptverwalters Kollegen Glaser auszugswiese wiedergegeben. Der kurzgefaßte Auszug läßt schon erkennen, daß sich die Gauvorsteherkonferenz klar war, daß die Frage der Zuschußklassen nicht so ganz einfach zu lösen ist. Und doch muß endlich der Frankfurter Verbandstag auch diese Frage einer solchen Klärung näherbringen, daß sie zum Wohle des Verbandes ausfällt. Eine restlose Befriedigung aller Mitglieder wird eine Lösung — so oder so — nicht bringen. Aber es geht doch nicht an, alle drei Jahre einen „Unterstützungsverbandstag“ abzuhalten.

Darum ist es von Vorteil, wenn auch zu dieser Frage die Kollegen in Versammlungen Stellung nehmen. Wie liegen, nun, die Sachen in Wirklichkeit. „Der Verbandsbeitrag der uns Buchdruckern ist entfallenden zu hoch, im Verhältnis zu dem, was wir bekommen und was andere Verbände leisten.“ So und ähnlich äußern sich sehr viele Kollegen. Diesem Mibmut über zu hohen Verbandsbeitrag und zu geringen Leistungen ist die Frage gegenüberzustellen: „Was verstehen diese Kollegen unter Verbandsbeitrag?“ Unter Verbandsbeitrag verstehen sehr viele Kollegen eben das, was sie am Sonnabend an den Druckereifaktoren abliefern. Erklärt man ihnen aber, daß dies nicht ganz stimmt und daß sie vom reinen Verbandsbeitrag, der ja nur 1,70 M. beträgt, also in Wirklichkeit in Anbetracht der hohen Leistungen des Verbandes ein viel zu niedriger ist, folgende Summen abzählen müssen: 1. Spartenbeitrag, 2. Bildungsbeitrag, 3. Gesangsverein, 4. Druckereikasse, 5. Gaubeitrag, 6. Ortsbeitrag, und nun kommt der teuerste Beitrag 7. Zuschußbeitrag.

Bestenfalls steht in den allermeisten Fällen in geradezu umgekehrtem Verhältnis zum Verbandsbeitrag. Bei den Zuschußklassen muß infolge der Zerspaltung (sehr rein spezifisch deutscher Nationalistischer) und der damit bedingten kleinen Mitgliedszahl ein äußerst hoher Beitrag bezahlt werden. Es gibt in Deutschland Buchdruckerzuschußklassen mit 800 bis 400 Mitgliedern. Dieses Vorgehen kostet aber den Mitgliedern ein schönes Geld!

Von dem Beitrag gehen in der Regel jährlich für Verwaltung, persönliche und verschiedene sachliche Ausgaben, für Schreibmaterialien, Porto, Druckkosten und noch vieles andre einige hundert Mark ab. Diese Summen gehen also den Mitgliedern dieser Zwergklassen als unproduktive Ausgaben verloren, und was dann noch übrig bleibt, erhalten die Mitglieder.

Was könnten den Kollegen für Unterstützungen gezahlt werden, wenn es dem Frankfurter Verbandstag gefänge (im Geiste unseres Verbandesleiters Richard Härtel), in dieser Frage die Kartellpolitik der deutschen Kollegenfrage zu überwinden. Und Zweck dieser Zeilen soll es nun sein, ganz besonders die Kollegen, die führend in den Gauen und größeren Ortsvereinen für das Wohl unserer Kollegen tätig sind, zu bitten, der Frage der Beseitigung der vielen Zuschußklassen im Verbandsgebiete ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Es wird harte Kämpfe kosten, aber gerade die führenden Kollegen, die wir zum Verbandstage senden, sind verantwortlich dafür, ob sie zwar „eine Internationale der Buchdrucker als etwas Selbstverständliches ansehen“, aber ängstlich ihre Gau- oder Ortsvereinszuschüsse behüten und damit einen Zustand konzentrieren, der ätzter ist als die mittelalterlichen Zunftgrenzen, wo jede Ortschaft ihre eigenen

Juristen und ihre eignen „Belange“ hatte. An die zu führen, man nicht wagen durfte.

Eine im Jahre 1928 vorgenommene Rundfrage hat das traurige Resultat ergeben, daß deutsche Buchdrucker noch immer nicht völlig von dem Belohnungsfrage: „Nur in der Einigkeit liegt die Stärke“, überzeugt sind. 25 000 Kollegen haben in 37 Orten, „ihre“ Zuschußklassen für Arbeitslosigkeit; 30 000 Mitglieder in 5 Gauen, 3 Bezirken und 28 Orten haben Krankeinzuschußklassen; 38 000 Mitglieder in 7 Gauen und 10 Orten leisten sich ein Zuschußklassen bei Inaktivität.

Nun ist meines Erachtens ein Hauptgrund darin zu suchen, daß die Beseitigung dieser Artklassen so schwer ist, weil es einige Klassen (besonders der großen Stadlgaue) gibt, die deshalb prosperieren, weil es Zwang für alle dazugehörigen konditionierenden Kollegen ist, diesen Klassen beizutreten; ein anderer Teil der Kollegen wäre froh, von dem großen und darum starken Bruder übernommen zu werden, weil sich diese Mitglieder erstens nur aus einem Bäckerbündel freiwilliger und noch dazu Inaktivitätsanzwänger rekrutieren. Ich bin auch hier objektiv genug, die Gegenfugemöglichkeit begreifen zu können. Aber bei Gewerkschaftlern sollte es doch eine bessere Lösung geben. Und den Vorstoß des Referenten auf der Gauvorsteherkonferenz, eine Konferenz aller Gauvorsteher zur Klärung einzuberufen, kann ich nur gutheißen. (Diese Konferenz wird demnächst stattfinden. Schriftleitung.)

Es muß uns — wie bei allen Verbandsfragen — das große Endziel klar gegeben sein. Erfüllen die Zuschußklassen heute noch ihren Zweck? Stehen Leistungen und Beiträge heute noch im Einklang? Was leisten die allermeisten dieser Artklassen und was könnte mit einem geringeren Beitrag dagegen der Verband leisten?

Es gibt Klassen, die einfach vegetieren (ein hartes Wort, aber leider ist es so) und darum gezwungen sind, ganz hohe Beiträge zu nehmen; andre Klassen (besonders die „Zwangszuschußklassen“) sind etwas leistungsfähiger, aber alle befristet und in Gestalt einer erbhöhten Verbandsunterstützung neu auferstanden, würde Segen für alle Kollegen erblühen. Darum keine mittelalterliche Kartellpolitik mehr!

Der Verbandstag 1929 wird sich mit den Unterstützungsfragen eingehend beschäftigen, er darf aber nicht stillarbeit machen, wir dürfen als Gewerkschaftler — oder gerade weil wir solche sind — fordern, Erhöhung des Verbandsbeitrages und einheitliche Regelung der Unterstützungsfrage. Denn es ist doch nicht mehr zeitgemäß, daß ein Kollege, wenn er auf der Wanderschaft im Gau 3 oder in der Mitgliedschaft 3 Arbeit erhält, gezwungen wird, in die dort bestehende Zuschußklasse einzutreten, um bei Verlassen dieser Stadt in einem andern Gau vor die nämliche Zwangssage gestellt zu werden. Man wird einwenden, er kann ja auch bei Wegzug weiterziehen; gewiss kann er dies, aber das Wie steht auf einem andern Blatt.

Es wird auch der Einwand gemacht, daß die Unterstützungsfrage in den Großstädten infolge der dort herrschenden Teuerung eine höhere sein müsse; zugegeben; aber über dieses Einwande muß uns als Verbandsmitglieder der Gedanke der Solidarität beherrschen, für den schwächeren Bruder, der in der Provinz lebt, auch zu sorgen. Darum muß es Aufgabe des Verbandstages sein, einen gangbaren Weg zu finden.

Man erschrecke nicht vor dem Worte „Beitragsreduzierung“, die für 75 Proz. unserer Kollegen meistens eine „Beitragsreduzierung“ bedeuten würde. Falls ich jetzt einen sehr hohen Beitrag für meine Zuschußklasse (der in sehr vielen Orten bis 1 M. wöchentlich ausmacht), so kann ich nach Beseitigung meiner Zuschußklasse und des damit bedingten Wegfalls des zu hohen Beitrages ruhig 50 Pf. mehr Verbandsbeitrag bezahlen und habe immer noch Spieß dabei: Denn die im Verbands konzentrierte Masse kann bedeutend mehr leisten, als Hunderte von Zuschußklassen.

Ein Wort unseres Verbandesleiters, dessen Gedanken wir nicht nur im kalten Stein, sondern im Verbandsgeist festhalten müssen, bilde den Schluß dieses in allererster Linie für unsre Vertreter 1929 geschriebenen Artikels: Resolutionen sind nun genug gefaßt, schreiten wir zur Tat! Gato.

## Das Genossenschaftswesen

### Genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie

Der Begriff Wirtschaftsdemokratie wird nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschwinden, nachdem er auf dem diesjährigen Hamburger Gewerkschaftskongress eine so vollkommene Klärung in der Aussprache und eine Festlegung in der Entschließung über seine Verwirklichung gefunden hat. Die Wirtschaftsdemokratie marschiert. Sie ist nicht mehr nur eine politische Aufgabe der Arbeiterbewegung, sie ist auch eine gewerkschaftliche geworden. Und man darf sicher sein, daß durch das Zusammenwirken der beiden Sturzröhren der Arbeiterbewegung eine Kräftekonzentration stattfindet, die das Ziel erreichen wird.

Um so mehr, als in der Entschließung die tiefe Erkenntnis zum Ausdruck kommt, daß auch die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands einen Weg zum Ziele bildet, welcher bereits mit praktischen Taten „gepflegt“ ist. Ist doch an einer Stelle der umfangreichen Entschließung gesagt: „Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in der gewerkschaftlichen Eigen-

betrieben, ebenso wie in der Genossenschaftsbewegung einen der Wege zur Demokratisierung des heutigen Wirtschaftssystems und einen der Schritte zur praktischen Durchführung des Sozialismus...“

Die Entschließung ward auf dem klassischen Boden der Hamburger Genossenschaftsbewegung gefaßt, wo ragende Zeugen der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform den Beweis liefern für die praktische Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die ihren inneren Sinnvollsten Ausdruck findet in dem eignen Wirtschaftsbefehl der Verbrauchermassen. Denn da ist die weitbekannte „Produktion“, die Gründung des in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung unvergleichlichen Führers v. Elm beheimatet, welche aus dem Nichts den vorbildlichen deutschen Konsumverein mit der größten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für 80 000 bis 90 000 Familien der Hamburger Stadt- und Landrepublik geschaffen hat. Schlächterei-, Bäckerei- und chemischer, landwirtschaftlicher und Wohnungsbaubetrieb und allgemeine Warenversorgung ist in einer glänzenden genossenschaftlichen Organisation vereinigt und gibt tausendfältige Früchte denjenigen, die unter ihrem Baume stehen. Die Hamburger „Produktion“ bildet ein Wahrzeichen für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, wie es kein anschaulicheres geben kann. Sie ist eine wirtschaftliche Monographie der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands.

Aber am gleichen Plage ragt noch ein größeres Wahrzeichen praktischer Wirtschaftsdemokratie. Denn da stehen die riesigen Verwaltungsgebäude und Genossenschaftsfabriken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, welche die konzentrierte Wirtschaftskraft von 1000 deutschen Konsumgenossenschaften umfaßt. Und es ist nur ein kleiner Teil wirtschaftsdemokratischer Eigenbesitzes, der in Hamburg domiziliert, da seine 30 Fabriken und Verarbeitungsbetriebe mit 14 riesigen Zentrallagern über die großen deutschen Wirtschaftsbezirke verteilt sind, um rationalisierte Warenproduktion auf der Grundlage zentralisierter Warenversorgung zu betreiben. Von der Finanz- und Wirtschaftskraft des größten deutschen Handelsunternehmens, das den Konsumgenossenschaften gehört, zeugt am besten der bekannte Neubau der größten Fleischwarenfabrik Deutschlands in Oldenburg mit einem Millionenumsatz an Fleisch- und Wurstwaren aus eigner Wirtschaftsbefehl.

Diese Großeinkaufsgesellschaft bildet die Spitze der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie im einzelnen und welche Wirtschafts- und Finanzkraft den „Sachen“ von Lohn- und Gehaltsempfängern innewohnt, zeigt am besten die Tatsache ihrer Entwicklung aus kleinsten Anfängen. Denn aller Anfang ist schwer. Auch der Anfang der Wirtschaftsdemokratie. Vor etwa 30 Jahren hat die Warenzentrale der deutschen Konsumgenossenschaften mit einem Jahresumsatz von ein paar Millionen Mark angefangen; 1927 betrug er 373 Millionen Mark und er wird 1928 nur wenig hinter der halben Milliarde zurückbleiben. Von dem Umsatz entfallen auf die Produktion in eignen Genossenschaftsfabriken etwa 70 bis 80 Mill. M., und eine eigne Bankunternehmung mit einem jährlichen Geldverkehr von über 2½ Milliarden Mark sorgt für die eigene finanzielle Unabhängigkeit wie für die der 1000 angeschlossenen Konsumgenossenschaften vom kapitalistischen Geldmarkt.

So demonstriert die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine als Spitze der wirtschaftlichen Gesamtbewegung konzentrierte Wirtschaftsdemokratie und bildet den unumstößlichen Beweis ihrer Verwirklichungsmöglichkeit. Hat dies doch schon ein Karl Marx gesehen, als er angelehnt der Entwicklung der englischen Genossenschaftsbewegung mit ihren eignen Produktionsunternehmungen den Genfer Kongress (1843) der ersten Arbeiterinternationalen u. a. den Satz beschließen ließ: „Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Ein Seher der Wirtschaftsdemokratie vor 65 Jahren. Welch kurze Spanne Zeit, wenn man bedenkt, daß heute die englische Genossenschaftsbewegung die wirtschaftliche Grundlage der früheren und künftigen Arbeiterregierungen bilden wird, deren Führer Mac Donaid u. a. wissen, daß die Genossenschaftsbewegung, aus der sie zum großen Teil hervorgegangen sind, die stärkste Stütze und Grundlage der Wirtschaftsdemokratie bildet.

Diese Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie als Wirtschaftsbefehl der Massen enthält aber auch, und insbesondere im Hinblick auf die Entschließung des Hamburger Gewerkschaftskongresses, die verpflichtende Mahnung zur gründlichsten und praktischen Förderung der Konsumgenossenschaften als Pioniere der demokratischen Wirtschaftsform.

### Gemeinwirtschaft gegen Kartellwirtschaft

Es ist kein Geheimnis mehr, daß in den Kreisen der sogenannten freien Wirtschaft eine Gebundenheit der Unternehmungen herrscht, welche nur dem kräftigsten Egoismus dient. Und je mehr die Führer der freien Wirtschaft gegen die des Staates und der Gemeinden und nicht zuletzt gegen das Genossenschaftswesen ankämpfen, desto mehr verbreitet sich die Erkenntnis, daß dies nicht im Interesse der

**Volkswirtschaft**, also der Allgemeinheit, liegt, sondern in dem der Industrie.

Die Industrie- und Handelskartelle sind nach dem Kriege wie Pilze aus dem Boden geschossen, nicht um zu „rationalisieren“ im Allgemeininteresse, sondern um den von allen Seiten gefährdeten Profit zu sichern und zu mehren. Darum die Kartellgesetzgebung der deutschen Republik, welche wenigstens die allergrößten Auswüchse unmöglich macht, ohne aber wirklich das Instrument zu sein, das die Allgemeinheit vor dem Industrierickertum der Kartelle und Monopole schützt.

Eine Zeitlang schien es, als ob der Großhandel aus Eigeninteresse sich in Oppositionstellung gegenüber den Industriekartellen befinde. Vielleicht war es auch tatsächlich so. Aber die Industriekartelle müssen die Stärkeren gewesen sein, denn auf der kürzlich abgehaltenen Herbsttagung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Überseehandels wandte man sich gegen eine weitgehende Beaufsichtigung der Kartelle durch die Gesetzgebung. Gründe: 1. Ist man bei der Lieferanz von der Industrie abhängig, 2. bestehen auch Handelskartelle, die sich aus der gleichen Wurzel Profitsicherung entwickelt haben, wie die Industriekartelle und naturgemäß in der Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft die grundsätzliche Interessengemeinschaft mit der Industrie erblicken. Fazit: Industrie und Großhandel — ganz abgesehen vom Kleinhandel, der nach den beiden „Pfeifen“ tangen muß, wenn er überhaupt leben will — sind sich eins, die Kartellwirtschaft ungekört von der Gesetzgebung aufrechtzuerhalten und auszubauen. Auf Kosten des Staates und der Gemeinden; der Landwirtschaft und des Handwerks. Vor allem aber auf Kosten der Verbraucher, das alles bezahlen.

Was diese Interessengemeinschaft der kartellierten Industrie und des Großhandels für die Verbraucher bedeutet, wird ersichtlich, wenn man weiß, daß nach einer Schätzung des früheren sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. Siegel die Umsätze des Großhandels die Reisesumme von 45 bis 50 Milliarden Mark im Jahr ausmachen und die Umsätze und Gewinne davon mindestens 4 Milliarden Mark. Der französische Volkswirtschaftler und bekannte Konsumgenossenschaftler Professor Dr. Gide berechnet den Handelsgewinn der französischen freien Wirtschaft auf 8 Milliarden Goldfranken jährlich. Und der Verbraucher zahlt alles.

Die Warenpreise brauchen also nur um ein lumpiges Prozentchen anzuziehen, so bedeutet dies für die Verbraucher 400 bis 500 Millionen Mark Mehrbelastung im Jahr, 2 Proz. = 1 Milliarde usw.

Gegen diese Ausnutzung gewährt auch die beste Kartellgesetzgebung keinen Schutz. Dagegen steht die Wirtschaft des Staates und der Gemeinden unter der Kontrolle von gewählten Vertretern der Gemeinde- und Staatsbürger. Und vor allem steht in den Konsumgenossenschaftlichen Organisationen der Vertreter der freien Kartellwirtschaft ein Gegner gegenüber, der in der Lage ist, das wirtschaftliche Allgemeininteresse aus wirksamste zu vertreten. Jedes Mitglied einer Genossenschaft und jede Genossenschaft dient dem Allgemeininteresse, das in der Gemeinwirtschaft wurzelt. Und jeder Umsturz einer Genossenschaft richtet sich gegen die Kartellwirtschaft der Industrie und des Großhandels. Woraus hervorgeht, daß Gemeinwirtschaft und Kartellwirtschaft sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser; und fernerhin, daß vor allem die Verbraucher in den Konsumgenossenschaften ihre beste Stütze finden. Schon hat ihr Umsturz die erste Milliarde überschritten und 50 Millionen Mark Nutzen den genossenschaftlich organisierten Verbrauchern gebracht. Deshalb muß Milliarde um Milliarde der Kartellwirtschaft abgezogen und der Gemeinwirtschaft zugeführt werden.

### Korrespondenzen

**Frankfurt a. d. O.** In der Herbstbezirksversammlung am 14. Oktober in Sommerfeld hatte infolge der ungünstigen Lage des Tagungsortes nur einen mäßigen Besuch zu verzeichnen. Es waren 120 Kollegen erschienen. Vorsitzender W a s c h e d eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten, und die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Als Gäste waren anwesend Gauvorsitzer Meinte, die Vertreter der Nachbarbezirke Rottbus und Neubamm, des WGOB, und der WKA. Eingeleitet wurde die Tagung durch ein Kongerstück und den Vortragsbericht eines Sommerfelder Kollegen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat „Gewerkschaftliche Aufgaben“. Der Referent, Kollege S c h a e f f e r (Berlin), streifte die Bewegungen innerhalb der Gewerkschaften, die heutige Schlichtungsordnung, unsere Invalidenversicherung u. a. Er fand aufmerksame Zuhörer, und seine Worte wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Darauf fanden zwei Vorträge des Ortes Frankfurt a. d. O. ihre Erledigung. Zu Punkt „Vorstandsarbeiten“ wurde der alte Vorstand, mit Ausnahme des Bezirkssekretärs, wiedergewählt. Unter „Bescheidenem“ wurden die unsicheren Vorgänge anlässlich des Gewerkschaftskongresses in Hamburg erörtert. Kollege W a s c h e d gab einen kurzen Bericht über die Lage im Bezirk. Kollege R i n k e erwähnte die Kollegen zum weiteren Zusammenhalt und machte auf die bevorstehenden Lehrpläneinstellungen aufmerksam. — Ein gemüthliches Beisammensein und Tanzkränzchen vereinte die Kollegen noch einige Stunden.

**Sera.** (Händseker.) Am 13. Oktober fand unsere Versammlung statt, die auch von Mitgliedern aus Weida und Ronneburg besucht war, mit Mühsal auf die Tagesordnung aber besser hätte besucht sein können. Nach Neuwahl des Schriftführers und Erledigung des Punktes „Beisammenseitungen“ erließ Vorsitzender R a n k e dem Kollegen W o l f r a m (Leipzig) das Wort zu seinem Referat „Gegenwartige und Zukunftsfragen der Handsekerbewegung“. In leichtverständlicher Weise streifte dieser alle Vorkommnisse der letzten Zeiten hinsichtlich der Handseker, besenstete verschiedene Mängel des bestehenden Tarifs und zeigte an verschiedenen Beispielen aus der Praxis, wie es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß die Kollegen sich besonders mit der Anlage A des Tarifs befassen müssen, um in vorzunehmenden Fällen gewappnet zu sein gegenüber manchen Prinzipalen. Interessant waren auch seine Mitteilungen über die projektualte Arbeitslosigkeit bei einzelnen Berufsgruppen in Leipzig, die den Beweis erbrachten, daß die Handseker prozentual am meisten davon betroffen werden. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine inhaltreichen Ausführungen, und die sich eine lebhaftige Aussprache schloß, in der u. a. zum Ausdruck kam, daß die Versammlung dem im Rundschreiben Nr. 3 des Leipziger Vorstandes zum Ausdruck gebrachten Standpunkt zustimmt. Den Rassenbericht über die letzten drei Quartale erstattete Kollege R a n k e; ein von ihm eingetragener Antrag, den Quartalsbeitrag von 5 Pf. auf 15 Pf. zu erhöhen, wurde nach Aussprache und Begründung einstimmig angenommen. Nach einigen weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden und Dankesworten an Kollegen Wolfram und den Leipziger Vereinigung schloß Kollege R a n k e die interessante Versammlung.

**Göppingen.** Der Bezirksverein Hohenstaufen-Teck, dem außer Göppingen noch die Orte Geislingen und Kirchheim angeschlossen sind, hielt am 14. Oktober an letzterem Orte seine Herbstversammlung ab. Der Wettergott hatte jedoch an diesem Tage mit uns Zünglern der schwarzen Kunst kein Einsehen, und die Freunde derjenigen Kollegen, die in Verbindung mit der Versammlung an der geplanten Wanderung teilnehmen wollten, war leider unglücklich; wohl aber mußte sich alles zur Wahrschaft entschließen. Vorsitzender W e i d l e, der mit herzlich Begrüßungsworten die Versammlung eröffnete, sah sich leider genötigt, seinen Bedauern über den nicht gerade guten Besuch Ausdruck zu geben. Nach Erledigung des Punktes „Mitteilungen“ erließ der Vorsitzende dem Kollegen L i e b e r (Stuttgart) das Wort zu seinem im Mittel-

punkt der Versammlung stehenden Referat: „Berufs- und wirtschaftspolitische Streiflichter“. In glänzender Weise verstand es der Redner, die Zuhörer durch seine vorrrefflichen Darlegungen an sich zu fesseln. Ganz besonders dem letzten Teil des Vortrages, wo der Referent das Problem der Jugendbergingung bzw. die Jugendfragen behandelte, wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt, und der Referent erntete für sein sorgfältig durchgearbeitetes Referat wohlverdienten Beifall. Ohne Zweifel hat dasselbe einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, und es war wirklich schade, daß nicht ein größerer Kreis von Kollegen den interessanten Ausführungen folgen konnte. Eine Aussprache erübrigte sich; lediglich über Lehrlings- und Bildungsfragen entstand anschließend eine rege Debatte. Nachdem noch Kollege Lieber auf mehrere an ihn gestellte Anfragen — meist taxifischer Art — aufs beste Aufschluß und Auskunft erteilt hatte sowie einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende die auf verkaufte Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste, ebenfalls in Kirchheim stattfindende Frühjahrsbezirksversammlung besser besucht werden möge. — Während das gemeinsame Mittagessen eingenommen wurde, traf die Lehrlingsabteilung unseres Bezirks, die trotz des unfreundlichen Wetters unter Führung des Bezirkslehrlingsleiters, Kollegen Heintel (Göppingen), einen Ausflug auf die herrlich gelegene Teck unternommen hatte, im gleichen Lokal ein, und nur zu schnell verstrichen die paar Stunden bis zur Abfahrt des Juges, die die Mehrzahl der Kollegen in gemüthlichem Beisammensein verbrachte.

**Sagen i. W.** Zu einem Ereignis für die graphische Branche wurde die hier am 14. Oktober im Viktoria-Zichtpfeilpalast erfolgte Vorführung des Werksfilms der Bauerschen Schriftgießerei in Frankfurt a. M. „Wie ein Druckbuchstabe entsteht“. Auf Wunsch der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes hatte sich die Firma Bauer bereitfinden lassen, nicht nur den Film als solchen vorzuführen, sondern auch die nicht unbedeutlichen Kosten der Saalmierte, für die Musik und für die Vorführung der neusten Wochenschau sowie die Gratislieferung der Einladungskarten und Plakate im Interesse der Bildungsfrage zu übernehmen. Nach dem erläuterten und einführenden Vortrage des Vertreters der Firma, Herr S a t t l e r (Düsseldorf), dankte mit kurzen Worten der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Kollege Walter E n g l f e l d, diesem Herrn für seine Bemühungen und auch gleichzeitig der Firma Bauer für das Entgegenkommen, das diese allzeit unserer Bildungsfrage gegenüber zeige. Der Film selbst war klar und die Bildersfolge so sprechend, daß sie der Erläuterung zu entbehren vermochten, denn die rafflos schaffenden Hände führten die Entschöpfung des Druckbuchstabens so deutlich und leichtfaßlich vor, daß selbst der Laie dem Herstellungsprozeß ohne Schwierigkeit folgen konnte. Sehenswert und bezeichnend für unsere Mitglieber, die aus dem ganzen Bezirk in großer Zahl herbeigezogen waren, andererseits aber auch Zeugnis ablegend vor der Vollkommenheit deutscher Technik im Schriftguck, von der Größe und Leistungsfähigkeit einer deutschen Firma im In- und Auslande. Im ganzen aber interessant für jeden Fachmann. Eingeladen waren von der Firma Bauer außer der Gehilfenchaft auch die gesamte Prinzipalität sowie die Faktoren, doch war die Zahl der Erschienenen von den beiden letztgenannten sehr klein im Vergleich zu dem Interesse, das die „Anfragen“ der Veranstaltung entgegengebracht haben. Bemerkenswert war, daß die Lehrlingsabteilung fast rektos angetreten. Alle Besucher dürften wohl befriedigt von dem Gebörten und Gesehenen sein, die Nichterschienenen aber haben eine vorzügliche Gelegenheit, ihr Wissen zu bereichern, verpönt.

**Sildesheim.** Unsere Herbstbezirksversammlung fand am 14. Oktober in dem idyllisch zwischen Bergen gelegenen Städtchen Alfeld statt. Zwei Dummisse brachten die Kollegen mit ihren Damen zum Tagungsort. Wie immer, so auch diesmal, sang die „Typographia“ (gemischter Chor) zur Eröffnung der Versammlung ein Begrüßungslied, worauf Kollege K e l s e im Namen des Ortsvereins Alfeld die Erschienenen begrüßte. Vorsitzender F r e u t e l begrüßte ebenfalls die Anwesenden, insbesondere unsere Gauvorsitzer Pfingsten und den Vorsitzenden des Ortsaus-

### Unter dem Sozialistengesetz

(Schluß.)

Nach längerer Arbeitslosigkeit — keine Kasseler Druckerei hatte der polizeilichen Scherereien wegen Neigung, mich zu engagieren — stand ich schließlich vor der Wahl: Berlin oder Marburg. Meine Freunde wurderten sich, daß ich Marburg vorzog, meine damalige Entscheidung hat sich aber als wohlüberlegt und richtig erwiesen. Ich stand nunmehr im 24. Lebensjahre und hatte den Ernst des Lebens doch schon etwas kennengelernt. Außerdem war ich auch wirklich nicht nur jugendlich frohlich gewesen, sondern, ich darf es wohl sagen, auch fleißig. Gehst du nach Berlin, dann bist du ein Sandkorn in der Wüste mehr, gehst du nach dem kleinen Marburg, dann wirst du vor allen Dingen Gelegenheit haben, dich selbst weiterzubilden. Das schien mir doch richtig zu sein. Dreizehn volle Semester, sechs und ein halbes Jahr lang habe ich in Marburg gearbeitet. Ich darf sagen, daß diese Jahre die glücklichsten meines Lebens gewesen sind. Hier gründete ich meine Familie, hier lernte ich hochgebildete Freunde, verehrte Lehrer und brave Genossen kennen. Als ich am 3. September 1888 nach Marburg kam, machten mir zunächst die Arbeiten, vor die ich in meinem Berufe gestellt wurde, große Freude. Wirklich künstlerische Aufgabearbeiten, fast immer in den Farben der studentischen Korporationen, sowie wissenschaftliche Arbeiten in mannigfaltigster Art: Doktorarbeiten aller Fakultäten mit teils ungemein schwierigem Satz, so bei den chemischen und mathematischen Arbeiten, dann aber auch bei den Arbeiten der Anthropologen: Griechisch, Lateinisch, Hebräisch usw. Was ich nicht konnte, erlernte ich schnell.

Da keinerlei sozialdemokratische Organisation in Marburg bestand, gründete ich mit einigen Genossen sofort einen Klub unter dem harmlosen Namen „Gemüthlichkeit“. Unter diesem Namen, so kalkultierten wir, würde die Polizei Staatsgefährliches nicht vermuten. Von diesem Verein aus bezogen wir alle Parteiarbeit, schrieben und verteilten Flugblätter und agitierten in unserer Weise auch Sonntags in der Umgebung. Die Polizei hatte schließlich unserer „Gemüthlichkeit“ gegenüber doch Verdacht geschöpft, so daß sie uns regelmäßig stattfindenden Versammlungen durch einen Schutzmann überwachen ließ. Dieser Schutzmann, ein Berliner namens Schulze, dessen Kinderzähl, wie ganz Marburg wußte, enorm war, kannte jeden von uns, denn er verkehrte täglich in unzer Stammkneipe bei Konrad Müller am Hirschberg. Natürlich wußte er sehr bald, was bei uns los war, nahm aber eine wohlwollende Neutralität ein und bemerkte nichts. Als wir eines Abends einen Artikel der „Neuen Zeit“ besprochen hatten, war er eingeschlafen — übrigens kein Wunder. Als er gegen Mitternacht aufwachte und ein schwindlühiger Schneider allerlei über Hegelsche Philosophie sprach, schloß der Schutzmann Schulze mit der Faust auf den Tisch und fragte, ob mit dem Quatsch immer noch nicht Schluss gemacht würde; wenn wir nicht bald zum Gemüthlichen übergängen, gehe er weg. Natürlich gingen wir sofort zum gemüthlichen Teufel über. Schulze blieb und spielte mit dem Hegelschen Philosophen Stat.

In Marburg wurde ich mit dem in ganzen Kreise hochangesehenen reichen Gutsbesitzer Heinrich Lauer in Niederralgern bekannt, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte und auch für sie zum Reichstag kandidierte. Lauer war in seiner Jugend lange Jahre in Amerika gewesen und

hatte erst im reiferen Mannesalter das elterliche Gut übernehmen müssen. Zeitweilig besuchte ich Lauer jeden Sonntag und traf dann die merkwürdigsten Leute bei ihm. Sein Haus war das gastreichste in ganz Kurhessen. Wer immer in das Haus kam, wurde zu der gerade fälligen Maßigkeit eingeladen: morgens, mittags, zur Vesper oder abends. Ich schrieb die Flugblätter, die wir in Kassel drucken ließen und gewissenhaft verteilten. Lauer hatte infolge eines Unfalls ein lahmes Bein, das ihn zwang, stets am Stod zu gehen. Er war etwa 70 Jahre alt, hatte aber ein jugendfrisch-rötlich angehauchtes Gesicht, leuchtende blaue Augen, einen prachtvollen weißen Haarputz und einen ebenso weißen Kollart. Man kann sich schwerlich einen sympathischeren Menschen vorstellen als diesen alten kurhessischen Großbauern. In Marburg kam ich damals auch in nähere Berührung mit dem freimüthigen Professor Stengel, dem Neuphilologen, der später dem Reichstag als Mitglied angehört hat, von Marburg aber durch die Reaktion ebenso weggeekelt worden ist, wie später der demokratische Staatsrechtslehrer und Abgeordnete Schüling. Besonders wertvoll waren mir die Bekanntschaften, besser gesagt, Freundschaften, die ich in Marburg mit Paul Bader und Kurt Eisner schloß. Diese beiden Männer gaben die „Heftige Landeszeitung“ heraus, die im besonders den Kampf gegen den von Dr. Otto Bödel geführten Antisemitismus in Hessen ausfocht. Keiner von ihnen war Sozialdemokrat als ich sie kennen lernte. Eisner leitete den Klassenkampf ganz schroff ab. Aber je länger, desto mehr ging die Wandlung der beiden vor sich, nicht radweise oder gar sprunghaft, aus einer bestimmten Situation heraus, vielmehr auf Grund wahrhaft wissenschaftlicher Erkenntnis und aufmerksamer Beobachtung der gesamten politischen Umwelt und der wirtschaftlichen Entwicklung. Ich habe diesen

schufes Umfeld des DGB. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen berichtete Kollege Pfingsten über den 13. Gewerkschaftskongress. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, die sich im besonderen für eine Verbesserung des staatlichen Schlichtungswesens und für den Ausbau der Sozialversicherung einsetzten. Im Schlusswort ging der Referent kurz auf diese Ausführungen ein. Zum Gedruckt vorliegenden Klassenbericht vom zweiten Quartal gab Kollege Jilzke einige Erläuterungen, ihm wurde für gute Klassenführung Entlastung erteilt. Die Berichte aus den einzelnen Druckorten in bezug auf tarifliche Verhältnisse lauteten durchweg günstig. Die Frühjahrsbezirksversammlung des nächsten Jahres findet beschlussgemäß am Borort statt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluss der Versammlung. — An die Versammlung schloß sich eine gemeinsame Mittagstafel. Am Nachmittag veranstaltete die „Typographia“ unter Mitwirkung der Musikantenkapelle der S.M. eine musikalische Feierstunde, die dem Andenken Schuberts gewidmet war. Die Darbietungen, die von den zahlreich erschienenen Zuhörern beifällig aufgenommen wurden, brachten u. a. die „Deutschen Tänge“ von Schubert mit Orchesterbegleitung. Nach dieser Veranstaltung blieben die Kollegen mit ihren Damen noch einige Stunden gemütlich zusammen.

**Magdeburg.** Am 14. Oktober fand hier unsere diesjährige Herbstbesitzerversammlung bei sehr gutem Besuch statt. Aus allen Orten des Bezirks hatten sich die Kollegen aufgemacht, um in kollegialem Geiste ihre Angelegenheiten auszutauschen. Anwesend waren aus Burg 55, Genthin 10, Schönebeck 10, Neuhaldensleben 8, Obisfelde 3, Loburg 2 Kollegen, Egel, Gommern und Wanzleben je ein Kollege. Auch Magdeburg war diesmal sehr stark vertreten. Vorsitzender Weigelt konnte den Kollegen Pfütz als Vertreter des Gauvorstandes willkommen heißen, der die Grüße des Gauvorstandes überbrachte. Die Tagesordnung umfaßte nur wenige Punkte. Das größte Interesse nahm der Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Braun über: „Wie funktioniert das neue Arbeitsgerichtsgesetz?“ in Anspruch. In ziemlich zweifelhafte Ausführungen behandelte er sein Thema, gewirkt mit Beispielen, erlebte in der eignen Praxis als Arbeitsrechtler. Sein Referat fand allseitiges großes Interesse; das bewies die Aufmerksamkeit und der große Beifall, der dem Referenten gesollt wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlicher und tariflicher Angelegenheiten endete die gut verlaufene Versammlung. — Nach Schluß der Versammlung fand gemeinsame Mittagstafel im selben Lokal statt. Nachmittags wurde die großzügige Druckausstellung des Bildungsverbandes „Der schöne Druck“, die in der Kunstschule der Ausstellung auf dem roten Horn in drei großen Räumen zur Schau stand, besichtigt. Kollege Walteschmidt übernahm hier die Führung. Ihm sei hierfür an dieser Stelle der Dank ausgesprochen. Anschließend kam der Verkauf „Das Druckpapier“ im Vorstehershaus auf dem Ausstellungsgelände zur Vorbereitung. Nach Schluß der Filmvorführung beschäftigten noch viele Teilnehmer den in der Ausstellungshalle aufgestellten Kalenderwettbewerb, den die Ortsgruppe Dresden des Bildungsverbandes veranstaltet und der der hiesigen Ortsgruppe zur Bewertung übergeben wurde. Die ausgestellten 76 Entwürfe zeigten ein hohes Maß künstlerischen Könnens. Non allen Besuchern wurde anerkannt, wofür ein reger Geist am Orte tätig ist und daß die Ortsgruppe Großes tut für die Bildung ihrer Mitglieder. Ein gemütliches Beisammensein in Wönings Gaststätten am Adolf-Mittag-See hielt die Kollegen bis zur Abreise der auswärtigen Kollegen zusammen.

**München.** Nach der üblichen Ehrung der seit der letzten Versammlung verstorbenen fünf Kollegen, der Dankeserstattung an einen nun in den Invalidenstand übertretenden Kollegen, der mehr als 20 Jahre das Amt eines Druckereiführers und Vertrauensmannes in der Firma Obernburg versah (wobei die seine „Anerkennung“ seitens dieser Firma für die auch ihr über 20 Jahre geleisteten Dienste entsprechende Götterung fand), und der Aufnahme von 25 Kollegen hielt in der Versammlung vom 28. September der Sekretär im Bundesvorstand des DGB.

beiden Männern viel zu danken, denn sie führten mich in Gebiete, die mir bis dahin so gut wie verschlossen waren, sie öffneten mir die Türen zur schönen Literatur und weckten mein Verständnis für mancherlei Kunstgebiete. ... Durch Eisner hatte ich auch den Professor Hermann Cohen kennen gelernt, den ausgezeichneten Philosophen. Vorlesungen bei ihm habe ich noch besucht, als ich längst Redakteur in Gießen geworden war.

In Marburg war ich bis zum Fall des Sozialistengesetzes Vorsitzender des erwähnten politischen Klubs und, bis zu meiner Abreise nach Gießen, auch Bezirksvorsitzer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und zweiter Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Das war damals etwas! Viel Arbeit bereiteten mir diese Ämter nicht, so daß ich mich mit Eifer meinen Studien hingeben konnte. Ich studierte namentlich Volkswirtschaft und Geschichte. Nebenher schrieb ich für sozialdemokratische Blätter, ständig für das unter meiner Mitwirkung in Kassel neu gegründete „Volkswort“. Auch die „Schiffische Landeszeitung“ druckte manden Beitrag von mir. Mein Chef ließ mir jegliche Freiheit, auch im Betrieb, den ich leitete. Er hatte sich überzeugt, daß er mit mir und den Kollegen, die treu zu mir standen, nicht schlecht für. Als es schließlich der Werbekomitee des damaligen Gießener Gymnasiallehrers Dr. Edward David, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, gelungen war, mich zur Übernahme der Redaktion der von ihm begründeten „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ freizuzulassen, und ich meinem Chef mitteilte, daß ich Marburg verlassen wollte, um mich mit Haut und Haaren meiner Partei zur Verfügung zu stellen, da hat er, der Mitglied der Nationalliberalen Partei war, tatsächlich bitterlich geweint. Hilipp Scheidemann.

Ernst Schulze einen interessanten Vortrag über „Die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses in Hamburg für die Arbeiterchaft“. Der Vortragende zeigte die Entwicklung der Gewerkschaften von Anfang an bis zur Gegenwart auf, skizzierte dann, wie man früher bestrebt war, von den Tagungen der Gewerkschaften kaum Notiz zu nehmen und wie heute die gesamte Öffentlichkeit, Regierungsstellen, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kreise durch die Verhältnisse gezwungen werden, sich durch Vertreter auf den Kongressen der Arbeiterchaft zu informieren. Angesichts dieser Tatsache seien aber die Vorgänge, die sich als Ausfluß der kommunistischen Hege gegen die Arbeiterchaft und ihre Führer am Vorabend der Tagung abspielten, besorgsam. Die vernünftige Arbeiterchaft sei sich in dem Wunsch einig, daß bald solche Vorwommisse der Vergangenheit angehören mögen, damit die errungene Macht der Gewerkschaften dem Kapitalismus verfallt lösbar werden könne. Von allen behandelten Fragen hob der Referent die zurzeit umstrittenste besonders heraus: das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung. Keiner der vielen Diskussionsredner auf dem Kongress war im Grunde mit der Praxis einverstanden; mit Ausnahme dreier kommunistischer und eines Leipziger Redners verlangte keiner die Beseitigung des Schlichtungswesens. Nachdem die Gewerkschaften sich in den Tarifverträgen selbst gewisse Schlichtungsinstanzen schufen, könne der Streit nur am Recht des Schlichters und des Reichsarbeitsministers gehen, durch Schiedsprüfung und Verbindlichkeitsklärung einen Zwangstafel gegen den Willen der Parteien zu schaffen. Er schloß mit der Aufforderung, sich die Einmütigkeit, die auf dem Kongress in allen Fragen geäußert habe, zum Vorbild zu nehmen und alle gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen leidenschaftlos zu behandeln. In der Aussprache, an der sich nur drei Redner der Opposition beteiligten, verurteilten diese die vorgekommenen Störungen des Kongresses am Vorabend als Provokationen durch die Gewerkschaftsjugend hinaufstellen, worauf der Referent auf Grund der Tatsachen die notwendige Klärung gab, wie er auch die falsche Meinung widerlegte, daß der Kongress infolge seiner Zusammenkunft durch die Mehrzahl der Verbandsangehörigen keine eindeutige Stellungnahme zu den Fragen der Arbeitslosenversicherung, des Schlichtungswesens und der Wirtschaftsdemokratie habe nehmen können. Nach kurzer Aussprache wurde dann noch beschlossen, in diesem Jahre wieder eine Weihnachtsfeier abzuhalten.

**München.** (Druck.) Am 7. Oktober erstreuten uns die Ulmer Kollegen mit ihrem Besuch. Aus diesem Anlaß wurde ein Frühgessen mit humoristischem Programm veranstaltet, der jedem Kollegen in bester Erinnerung bleiben wird. — Am 13. Oktober hatten wir Gelegenheit, die neue „Terno“ B. 6 der W.M. mit Anlageapparat „National“ in München im Hause „Alpen“ unter Führung des Vertreters Herrn Gunders zu besichtigen. Eine sehr große Anzahl von Kollegen fand sich dortselbst ein und sie konnten die Maschine in allen Einzelheiten der Konstruktion und Laufgeschwindigkeit kennen lernen; diese wurden ausführlich erklärt durch Herrn Obergingenieur Wolff der W.M. Abends 8 Uhr fand dann ein Vortrag des Herrn Obergingenieur Wolff mit über 50 Lichtbildern in unserm Vereinslokal statt. Der überaus reiche Besuch bezeugte das Interesse der Kollegenchaft an allen Neuerungen in unserm Beruf. Die vorerfährlichen Ausführungen des Referenten, die durch die Lichtbilder alle Einzelheiten der neuen „Terno“ B. 6 aufs beste zeigten, fanden ungeteilten Beifall. Am Schluß der Versammlung dankte Vorsitzender Jockel an der W.M. und dessen Vertreter Herrn Gunders sowie Herrn Obergingenieur Wolff für das freundliche Entgegenkommen.

**Münsterberg.** In unserer Versammlung am 12. Oktober wurde zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten referierte der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes Max Kätker über den Hamburger Gewerkschaftskongress. Reicher Beifall wurde von den aufmerksamen Hörern den trefflichen Ausführungen gesendet. Anschließend nahm Vorsitzender Grösch zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Das Unterstützungswesen unseres Verbandes“, das Wort. In seinen Ausführungen streifte er die verschiedenen Unterstützungsarten und widmete der Invalidenunterstützung besondere Beachtung. Er führte aus, daß man durch die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung und den weiteren Ausbau der Krankenversicherung in unser Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wohl von einer weiteren Erhöhung Abstand nehmen könnte. Dafür aber möge man die Sätze der Invalidenunterstützung weiter ausbauen. Allerdings sei zur Lösung dieser Frage eine Beitragserhöhung nicht zu umgehen, das dürste allen Kollegen klar sein. In der Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde zum Ausdruck gebracht, daß der nächste Verbandstag unbedingt ein befriedigendes Ergebnis zeitigen müsse; die Unterhaltungsätze müßten mindestens so erhöht werden, daß sie wie diejenigen vor dem Kriege in einem annehmbaren Verhältnis zum Lohn stehen. Die Herabsetzung der Raten sei eine unbedingte Notwendigkeit. Gleichzeitig kam auch noch zum Ausdruck, daß man sich über die Beitragserhöhung schlüssig werden müsse. Auch wurde von einem Diskussionsredner betont, der DGB müsse energisch dafür eintreten, daß die Altersgrenze in der staatlichen Versicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt und auch eine Zusammenlegung der Angehörigen- und Invalidenversicherung erzielt werde. Bemerkenswert waren die Ausführungen, die Kollege Kätker vom Metallarbeiterverband zu diesem Thema machte. Er führte aus, daß heute fast alle Gewerkschaften dazu übergehen, ihre Unterstützungseinrichtungen nach dem Vorbild des Buchdruckerverbandes festzusetzen, insbesondere die Invalidenunterstützung. Die Ausführungen bewiesen, welche Bedeutung unser Verband mit seinen Einrichtungen in anderen Arbeiterkreisen zugewinnen wird. Im Schlusswort betonte der Vorsitzende, die Kollegenchaft möge sich sehr eingehend mit der Frage des Unterstützungswesens befassen, um auf dem nächsten Verbandstag das für die Kollegenchaft zu erreichen, was sie erhofft. Nach einigen weiteren Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

**Straßburg.** Unsere Versammlung am 6. Oktober wies einen erfreulich guten Besuch auf. Die üblichen Vierteljahrsberichte zeigten einen günstigen Stand der Organisationsverhältnisse und der Finanzen. Ein vom Vorstand vorgelegtes Winterprogramm sieht vor, die Versammlungen künftig durch aktuelle Vorträge zu beleben und die Geselligkeit mehr zu pflegen. Dementsprechend wurde auch die Abhaltung eines Familienabends am 17. November beschlossen. Unter „Ferienabend“ wurde erneut das Behalten eines alten Kollegen gerügt, der dauernd durch Rente „glänzt“ und dadurch den Orts- und Bezirksfunktionären das Leben schwer macht. Zum Schluß hielt Kollege Hasel, der als Delegierter des Gaus Wonnern an der 25jährigen Jubiläumfeier des Bildungsverbandes in Berlin teilgenommen hat, einen interessanten Vortrag über diese bedeutsame Tagung. Ein besonders dankbares Auditorium fanden seine instruktiven Ausführungen über unser Verbandshaus und das neue Ulmlein-Druckhaus. Dem Referenten wurde vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen.

**Ulm-Neu-Ulm.** (Druck.) Unsere Vereinigung veranstaltete am 29. und 30. September eine Fahrt nach München zur Besichtigung der Feilig Böttcherschen Walzengießerei. Im Anschluß daran fand man sich zu einem gemeinsamen Nachtessen zusammen. Der Abend verlief bei Musik, Gesang und einem kleinen Tanzchen zur vollsten Zufriedenheit jeden Teilnehmers. Für das überaus große Entgegenkommen der Firma dankte Vorstand A. Huber (Ulm) der Firma Böttcher bzw. ihren Repräsentanten, Herrn Altmann, aufs herzlichste. Für Sonntag früh 10 Uhr hatte der Bezirksmaschinenmeisterverein München einen Frühgessen angelegt. Die Münchner Kollegen boten alles auf, um den Ulmern den Aufenthalt zu einem gemütlichen zu gestalten. Ganz besonders erwähnt sei die Zusammenstellung des bezogenen Familienprogramms. Nachmittags wurden verschiedene Sehenswürdigkeiten Münchens besichtigt, und nach einem „Rundgang“ übers Oktoberfest traf man sich abends auf dem Hauptbahnhof zur Feiernacht. Allen Teilnehmern wird diese Fahrt eine bleibende Erinnerung sein, und dem Vorstand des Bezirksmaschinenmeistervereins München sei auch an dieser Stelle für die schönen Stunden unser Dank zum Ausdruck gebracht.

### Allgemeine Rundschau

**Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe.** Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat Oktober erstreckte sich auf 204 Mitglieder; 26 von diesen mit 2490 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 82 517 (ohne Gaargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitsloze wurden gemäß 4875 (gegen 4356 im September). Verfürt arbeiteten 242 Mitglieder (gegen 330 im September), und zwar bis zu 8 Stunden 173, 9 bis 16 Stunden 16, 17 bis 24 Stunden 52 Mitglieder, und mehr als 25 Stunden ein Mitglied.

**Revolutionenstiftung im Verbandshaus.** Aus Anlaß des zehnährigen Gedenktages der Revolution veranstaltete der Betriebsrat der Buchdruckwerkstätte im Verbandshaus, von dessen Zimmern an 9. November die Fahnen grühten, eine feierliche Revolutionenstiftung, an der sämtliche im Hause Beschäftigten teilnahmen. Der große Kongreßaal war bis auf den letzten Platz besetzt, als die Feier mit Harmoniumklängen und Violinspiel eingeleitet wurde. Es folgte dann die Begrüßung aller Erschienenen durch den Betriebsratsvorsitzenden. Hierauf sang ein Doppelquartett der „Typographen“, und im Anschluß daran trat ein Rezitator einige ergreifende Dichtungen vor, u. a. „Drei Minuten Gehör“ von Tuschoff. Im Mittelpunkt der Feier stand eine Gedendrede des Landtagsabgeordneten Maderhof. Mit dem gemeinsamen Gesange des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ fand die würdige Gedendank unter Harmoniumspiel ihren Ausklang.

**Deutsche Buchausstellung in Finnland.** Der deutsche Verlagshandel wird im Dezember d. J. in Helsingfors eine Buchausstellung veranstalten, wobei besonders das billige Buch gezeigt werden soll. Eine kleine Sonderchau behandelt das Thema „Finnland im deutschen Buch“.

**Die Spielkartenrunderen — eine einträgliche Steuerquelle.** Nach den soeben veröffentlichten reichsstatistischen Angaben wurden im Rechnungsjahr 1927/1928 insgesamt 11,68 Millionen Spiele (1926/1927 nur 9,75 Millionen Spiele) hergestellt, von denen 8,20 Millionen Spiele (1926/1927 7,57 Millionen) veräußert wurden. Stellt man den vorgezeichneten Steuerfuß von 30 Pf. für jedes Kartenpiel in Rechnung, so hatten die deutschen Spielkartenrunderen und -fabriken im Jahre 1927/1928 rund 2,50 Millionen Mark Spielkartensteuer (1926/1927 2,27 Millionen Mark) an die Steuerbehörde abzuführen. Zur Ausfuhr gelangten 2,82 Millionen Spiele (1926/1927 2,13 Millionen Spiele).

**Aufwertungsanpostel Winter entlarvt und verurteilt.** Nach 25tägiger Verhandlung vor dem gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig wurde am 8. November der so genannte Betriebsanwalt Gustav Winter (ein ehemaliger Schriftgießer) wegen fortgesetzten Betruges zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe verurteilt. Auch hat der Angeklagte die Kosten des Verfahrens zu tragen. Winter wurde wegen Fuldubdenkschafts sofort in Haft genommen. Der 1882 geborene Winter machte seit 1924 stark in Aufwertung der rotgeklebten Reichsbanknoten, und richtete dabei die schärfsten Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht und die Reichsregierung. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß Winter seine zahlreichen Anhänger jahrelang aufs schwerste betrogen hat. Er hat sich aus dem Opferinn der von ihm angeführten Massen eine dauernde Einnahmequelle zu verschaffen gewußt. Zwar habe er behauptet, daß er für die ihm von seinen Anhängern zugeleiteten Gelder Gegenleistungen gegeben habe. Dem Gericht habe er jedoch nicht die Überzeugung beibringen können, daß die Vorträge, Zeitungen und Bücher irgendwelchen realen Wert für die armen Inkassationsgeschädigten darstellten. Die Menge sei für ihn nur das Abfahrgeld für die sonst nicht ansehbaren litera-



